



# Die Teuerung im besetzten Gebiet.

Das unglückliche Loos, unter das der Friedenvertrag von Versailles das besetzte Gebiet gedrückt hat, beschäftigt in immer stärkerem Maße die Öffentlichkeit. Neben der geläufigsten Klage über die Preissteigerung, die ebenfalls übersehen, die das Durchschnittsmaß dieser Preissteigerung ebenfalls überschreiten. Die Teuerung bedrückt die besetzten Gebiete viel mehr als das unbesetzte Deutschland. Hier wirkt das Übergewicht der französischen, englischen, vor allem der amerikanischen Valuta in preissteigernder Weise auf die Bewegung der Lebenskosten ein. Am stärksten machen sich die Wirkungen in den Preisen für Wohnung und Gegenstände des Bekleidungsbedarfes fühlbar.

Aber auch ein Blick auf die Kosten des Grundnahrungsgutes in und um die höheren Verbrauchsgrade des besetzten gegenüber dem unbesetzten Gebiet deutlich zutage treten. Die rückläufige Preisbewegung, die, abgesehen von Brot, Zucker und Kohle, seit Anfang des Jahres in den wichtigsten Kleinhandelspreisen eingetreten hat, macht sich in den Städten des besetzten Gebiets in weit langsamerem Tempo bemerkbar, als es im Reich durchschnittlich der Fall ist. So betrug der Preis für 1 Kilogramm Mehlgebäck bei ausfallender Preisbewegung seit Anfang des Jahres in Wiesbaden 2,45, in Koblenz 2,40, in Bonn 2,45 und in Trier 2,60 M., während der Durchschnittspreis in Preußen 2,60 und in Berlin nur 2,27 ausmachte. Von Göttinger Mehl (im freien Handel), deren Preis im Durchschnitt sich auf 4,60 M. das Kilogramm gestellt hatte, im Juni in Wiesbaden 4,74, in Trier 5,14, in Bonn und Koblenz 5,00 und in Trier 5,40 M. Auch der Weizenmehlpreis stand im Juni in Trier mit 2,85 M., in Bonn mit 2,60 M. über dem Berliner Preis von 2,60 M. und im Reichsdurchschnitt von 2,88 M. Im Mai. Der Weizenpreis stand nach lebhaften Sprüngen in den vorausgehenden Monaten mit 7,50 M. in Trier, 8,00 M. in Koblenz über dem Städtedurchschnitt von 8,98 M. Ebenso erhob sich auch der Zuckerpreis, der seit Februar eine durchweg aufsteigende Richtung zeigte, mit 3,40 M. in Wiesbaden, Koblenz und Trier, 3,10 M. in Bonn und 3,60 M. pro Kilogramm in Trier merklich über dem Berliner Preis von 3,20 M. Der Preis für ausländisches Schweinefleisch, der bei freiem Verkehr in Berlin von 42,00 M. im Januar auf 30,00 M. im Juni gesunken war, halte sich in den besetzten Städten in langsamerem Tempo erholend, und zwar in Koblenz auf 22,00 M. in Trier auf 23,45 M., in Bonn auf 27,00 M., Koblenz 29,00 M. und Trier 24,00 M. bei einem Durchschnittspreis für Preußen von 21,80 M. im Mai. Der Milchpreis ging in Wiesbaden, Koblenz und Trier mit 3,40 M., 3,10 M. und 3,50 M. für ein Liter noch merklich über den Berliner Durchschnittspreis von 3,00 M. hinaus. Der Eierpreis stand in Wiesbaden mit 1,62, Koblenz und Trier mit 1,49, Bonn mit 1,54, Koblenz mit 1,58 u. Trier mit 1,50 M. pro Stück durchgehend über dem Berliner Preis von 1,30 M. und dem Städtedurchschnitt von 1,40 M.

Über dem Durchschnitt der preussischen Städte bewegte sich der Kohlenpreis dagegen in Koblenz mit 46,00 und in Trier mit 48,00 M. Der Petroleumpreis stand wiederum ausnahmslos über dem Durchschnitt und dem Berliner Preise von 6,45 M. pro Liter.

Auch die Fleischpreise haben einen höheren Stand. So betrug im Juni der Rindfleischpreis für je 60 Kilogramm in Düsseldorf 1802,00 M., in Bonn 1858,50 M., Koblenz 1800,00 M. im Vergleich zu 1278,00 M. in Berlin; der Schweinefleischpreis in Düsseldorf 1625,00, in Bonn 1600,00, Koblenz 1675,00, gegenüber 1487,50 M. in Berlin.

Mit Errichtung der Zolllinie am Rhein und den Sanctionen hat die allgemeine Teuerung noch zugenommen und die verheerenden Folgen dieser Maßnahmen wirken sich noch immer weiter aus.

## Eine bedeutungsvolle Wahl.

In Berlin finden am 10. Oktober die Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Das bisherige Groß-Berliner Stadtparlament hatte eine sozialistische Mehrheit. Diese Tatsache war für das Bürgertum natürlich wenig erfreulich, zumal gerade in Berlin bis in die jüngste Zeit hinein, der reaktionärste Kommunalparlament regiert hatte. Mit allen Mitteln versuchten die geschlagenen Bürger nun die sozialistische Mehrheit zu vernichten. Der Deutschen Volkspartei blieb es vorbehalten, das Mittel zu finden, das zu ihrem Lode führte. In irgend einem Bezirk waren die Stimmzettel eines anderen Bezirkes verteilt worden, und zwar von der Deutschen Volkspartei. Von dem Wahlleiter wurde daher die Wahl in diesem Bezirk beanstandet, aber die Stadtverordnetenversammlung erließ die Wahl dadurch, daß sie die Stimmen für gültig erklärte, den Unabhängigen ein Mandat nahm und der Deutschen Volkspartei für die beanstandeten Stimmzettel dieses Mandats zusprach. Aber das sollte der Volkspartei nicht. Sie sagte, die Stadtverordnetenversammlung und ihr Ausschuss hätten kein Recht dazu, auf diese Weise den Protest zu erledigen, man könne höchstens die Ungültigkeit der gesamten Wahlen beantragen. Die Klage der Volkspartei beim obersten Verwaltungsgericht hatte dann auch Erfolg, aber nicht aus den Gründen, die der Volkspartei Anlaß zur Klage gaben. Die Wahl wurde vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärt, weil die vom Ministerium des Innern erlassene Wahlordnung nicht dem Gesetz entsprach. Aber schließlich hat das Bürgertum seinen Willen und die Berliner Wahlleitung wird in wenigen Wochen darüber bestimmen, wer in den nächsten Jahren die Geschicke der Einheitsgemeinde Groß-Berlin lenkt.

Diese Wahl hat eine Bedeutung, die weit über die Grenzen Berlins hinausreicht. Sie darf als ein politisches Ereignis ersten Ranges bezeichnet werden. Die Sozialdemokratie gibt sich absolut keinen Illusionen hin. Sie ist davon überzeugt, daß das Bürgertum einige Mandate gewinnen wird, aber sie wird alle Kräfte daran setzen, daß Groß-Berlin auch weiterhin eine sozialistische Mehrheit behält. Aber nicht nur in dem Kampf zwischen Bürgertum und Arbeiterchaft liegt die Bedeutung dieser Wahl. Sie wird nämlich auch zu zeigen haben, wie sich das Verhältnis innerhalb der Arbeiterchaft seit der letzten Wahl gestaltet hat. Die Berliner Sozialdemokratie hat nicht nur den Wunsch, daß auch in Zukunft eine sozialistische Mehrheit im roten Hause ist, sie will, daß in dieser sozialistischen Mehrheit für die Zukunft die Sozialdemokratie die entscheidende Rolle spielt.

Die bisherige Mehrheit der drei sozialistischen Parteien war in mehr als einer Beziehung sehr unzufrieden. Die Kommunisten, und auch Angst vor ihnen auch die Unabhängigen, konnten sich nicht genug tun in der Beantragung von hohen Zuschüssen für alle möglichen Dinge, insbesondere für Lohnhöhungen. Wenn es aber daran ging, die dafür nötigen Mittel zu bewilligen, dann waren es wieder diese beiden Parteien, die zusammen gingen und zusammen jede neue Steuer ablehnten. Die Sozialdemokraten sahen sich in solchen Situationen sehr häufig gezwungen, zusammen mit den Unabhängigen die Steuern zu bewilligen, und von den beiden Sozialparteien dachten sie dann die Prügel einlegen, die diese sehr reichlich für ihre Verantwortungslosigkeit verdient hätten. Ein sehr beachtenswertes Beispiel für diese Art Kommunalpolitik war die Ablehnung des Groß-Berliner Etats durch die unabhängige und kommunistische Fraktion, obwohl diese Parteien, und ganz besonders

die Unabhängigen, einen großen Einfluß ausübten in der obersten Ackerkammer.

Diese unzufriedenen Zustände haben dem Bürgertum natürlich Agitationsmaterial in Hülle und Fülle gegeben. Sie werden es sehr reichlich gegen die Arbeiterchaft ausnützen. Aber wir haben die Zuversicht, daß sie trotz alledem nicht ihr Ziel, die Beseitigung der sozialistischen Mehrheit, erreichen werden. Darüber hinaus setzen unsere Berliner Parteigenossen alles daran, um für immer wieder die stärkste Partei im Berliner Stadtparlament zu werden.

## Die sozialistische Bewegung in Polen.

In dem Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Partei Polens, der „Arbeiterzeitung“, finden wir folgende sehr bemerkenswerte Ausführungen des Redaktors Gen. Rantay: „Wir besitzen in Polen folgende sozialistische Parteien: die Polnische Sozialdemokratische Partei (P.P.S.), die Ukrainische Sozialdemokratische Partei Galiziens, Wolhyniens und Podolien, die Wehrlose Sozialdemokratische Partei, die Russische Partei, den jüdischen Bund und „Dona Zion“ sowie die deutsche Sozialdemokratische Partei Polens (D.S.P., die Bromberg) und die Deutsche Sozialdemokratische Partei in Westgalizien. Während ein kleiner habsburgischer Turm“

Für die Schlußkraft und Einheitsfront des Sozialismus ist es unbedingt erforderlich, daß alle diese Parteien, wenn auch vorerst aus verschiedenen Gründen nicht gleich an eine Verschmelzung, so auch zum mindesten an die Schaffung einer gemeinsamen Plattform, einer Arbeitsgemeinschaft, denken müßten. Ich halte die Bildung von nationalen Sektionen, wie es die P.P.S. will, für verfehlt. Die Zersplitterung wird hierdurch noch mehr erhöht. Wir hätten dann neben den beiden deutschen sozialdemokratischen Parteien Polens noch eine deutsche Sektion der P.P.S., neben den jüdischen Parteien eine besondere jüdische P.P.S.-Sektion usw. Das wäre entschieden zu viel des Guten.“

Die Führer der ehemaligen österreichischen Sozialdemokratie verschiedener nationaler Herkunft, wie Polier, Dabrowski, Nemes und andere, haben seinerzeit in dem verschwundenen kaiserschen Nationalitätenrat die Notwendigkeit selbständiger sozialdemokratischer Parteien für die einzelnen Nationen begründet, und zwar aus Zweckmäßigkeits-, nicht aber nationalen Gründen. Die zentralistische Organisation erwies sich schon damals als zu eng und unangemessen. Den verschiedenen Sprach- und Kulturkreisen mußte Rechnung getragen werden. Jedes Volk brauchte besondere Zeitungen, Agitationsorgane, Redner und Aufführungsvereine. Die Schlußkraft bedingte jedoch eine einheitliche Kampffront, eine einheitliche Linie. Wohin hätte es geführt, wenn die sozialdemokratische Partei eines jeden Volkes völlig ungebunden in ihren Handlungen gewesen wäre? Alle diese Gedanken wurden in dem Organisationsrat des Wiener Kongresses (1897), dessen wichtigster Grundgedanke das Mitbestimmungsrecht ist, berücksichtigt.

Vorbereitung für die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Parteien unserer Republik ist wiederum die Einigung der verschiedenen sozialdemokratischen Parteien gleicher Nation, wie die der Juden und was für uns das wichtigste ist, die der Deutschen. Ich halte die Zusammenarbeit beim Verschmelzung mit unseren sozialdemokratischen Brüdern in Westgalizien aus dem ehemaligen österreichisch-schlesischen für den wichtigsten Punkt der Tagesordnung unserer Parteitag.

Einer der größten sozialdemokratischen Parteien Polens, der P.P.S., wird es sein, von der Idee der Bildung nationaler Sektionen innerhalb der P.P.S. Abstand zu nehmen und Vertreter der bestehenden nationalen selbständigen sozialdemokratischen Parteien der Ukrainer, Wehrlosen, Juden, Litauer und Deutsche, an den Verhandlungstisch zu rufen, um vor allem die Internationale im eigenen Lande herzustellen. Erst, wenn wir hier die sozialistische Einheitsfront haben, können wir an die große Internationale denken, deren Zustandekommen jedem aufrichtigen Sozialisten am Herzen liegt. Der Bau eines Hauses beginnt auch nicht mit dem Dach, sondern von unten auf. Das Bedenken des von der 4 1/2 Millionen Mitglieder zählenden englischen Labour Party (Arbeiterpartei) angeregten und von der P.P.S. aufgenommenen Vorstoßes, die beiden sozialistischen Internationalen 2 und 2 1/2 (auch 4 genannt), sowie die diesen noch nicht angeschlossenen sozialdemokratischen Parteien zu einer Konferenz zwecks Aufbau einer neuen größeren sozialistischen Internationale zu veranlassen, sollte und wichtiger sein als ein vorläufiger Anschlag auf die 2 oder 2 1/2. Langatmige Diskussionen auf unserem Parteitag über das Für und Wider, über das Sündenregister beider Internationalen, wie sie auf dem Londoner Parteitag der P.P.S. stattfanden, würden sich dann erübrigen.“

## Polen und der russische Transitverkehr.

In einem Artikel, der die Überschrift „Der Transit durch Polen“ führt, wendet sich die offiziell-habsburgische „Wirtschafts- und Sozialwissenschaft“ (Nr. 153) in scharfen Worten gegen die Politik der polnischen Regierung. Im Zusammenhang damit, daß die polnische Regierung sich geweigert hat, die in Deutschland für Rußland hergestellten 300 Lokomotiven durchzulassen, schreibt, wie wir der „Kupfer“ entnehmen, das genannte Blatt: „Die polnische Regierung hat mit ihrer Weigerung, ein völliges Unbehagen für die allgemeine Lage gezeigt. Dieser Fall hat aber insofern eine prinzipielle Bedeutung, als er im Gegensatz zu § 22 des Friedensvertrages zu Riga steht. Es versteht sich von selbst, daß wir einen Handelsvertrag mit Polen nicht abschließen werden, wenn es dem Transit Hindernisse in den Weg legen wird.“ Weiter wird in dem Artikel darauf hingewiesen, daß die Entwicklung des Transitverkehrs über Polen nur zur Befriedung der polnischen Valuta beitragen kann. Außerdem behauptet das genannte Blatt, daß Polen die Handelsbeziehungen Sowjetrußlands mit Deutschland und Österreich nicht verhindern kann, da Polen nicht der einzige Transitweg nach Rußland ist. Außer den Abmachungen, die mit Deutschland, Litauen und Estland bestehen, hat die Sowjetregierung in Kiew mit der Hamburg-Amerikanische abgeschlossen. Die Schiffe dieser Gesellschaft werden die Waren direkt nach Petersburg bringen. Zum Schluß betont der Artikel von neuem: „Die volle Freiheit des Transitverkehrs über Polen wird für Sowjetrußland die Kardinalfrage beim Abschluß des zukünftigen Vertrages mit Polen sein.“

## Unruhen in Mladivosok.

Nach Mitteilungen aus Moskau fanden kürzlich in Mladivosok Zeitstreiks politischen Charakter statt, die sich allmählich zu einem Generalstreik auszuwickeln. Mehrere hundert verurteilten Abteilungen von Kuffständigen sich der Stadt zu nähern. Es gelang ihnen durch Sprengungen des Bahnhofs den Eisenbahnverkehr zu unterbinden. Durch strenge Maßnahmen scheint es der Reichsregierung gelungen zu sein, der Unruhen Herr zu werden. Das japanische Kommando hatte seinerseits Truppenverchiebungen vorgenommen, um die Kuffständigen zurückzudrängen. Es muß mit weiteren Verwicklungen gerechnet werden, da die Regierung der Republik des Fernen Ostens in Tschita offenbar ein militärisches Vorgehen gegen die Mladivosoker Regierung des Ruffenlandes plant.

## Die Kosten des Stahlbades.

Ein amerikanischer Nationalökonom hat in einer Schrift die Kriegskosten und ihre Finanzierung schätzungsweise zu fassen gesucht. Er kommt zu der ungeheuerlichen Summe von 208 305 851 222 Dollars. Die Verteilung auf die einzelnen Länder gestaltet sich nach dieser Schätzung folgendermaßen:

	Dollars
Vereinigte Staaten	32 080 288 988
Großbritannien	44 029 011 868
Kanada	1 065 578 832
Australien	1 423 208 040
Südafrikanische Union	300 000 000
Neuseeland	378 750 000
Indien	601 279 000
Kolonien	125 000 000
Frankreich	25 812 782 000
Rußland	22 593 950 000
Italien	12 318 988 000
Belgien	1 164 467 914
Serbien	399 400 000
Rumänien	1 800 000 000
Griechenland	270 000 000
Japan	40 000 000
Andere Entente-Mächte (China, Portugal u. a.)	500 000 000
Deutschland	40 150 000 000
Oesterreich-Ungarn	20 822 980 600
Türkei	1 430 000 000
Bulgarien	815 200 000

Insgesamt: 208 305 851 222

Das in deutsches Geld umgerechnet, bedeutet die Kleinigkeit von:

880 Milliarden und 92 221 412 Goldmark.

Wer nun noch Luft hat, die Kosten des Stahlbades in Papiermark umzurechnen, mag seiner Rechnung zugrunde legen, daß die Reichsregierung für ein 20-Mark-Goldstück 330 Mark Papiergeld bezahlt.

Der Hochverratsparagraf im Saargebiet. Die Änderungen der Justizgesetze im Saargebiet gibt der sozialdemokratischen Saarbrücker Volksstimme Veranlassung, sich in einem Leitartikel zur Frage des Hochverrats im Saargebiet zu äußern. Nach einer ablehnenden Abgrenzung der gesamten Justizreform beschäftigt sich das Blatt insbesondere mit dem § 81, der von Hochverrat handelt und meint, dieser Paragraf sei geradezu ein Monstrum, denn von Hochverrat könne nur einem Staate gegenüber die Rede sein; ein Staat sei aber das Saargebiet nach dem Friedensvertrage nicht, ganz abgesehen davon, daß es eine „Verfassung“ des Saargebietes, deren Abänderung der Hochverratsparagraf unter Strafe stellt, nicht gebe. Auch die Wendung, wer es unternimmt, das Saargebiet einem fremden Staate gewaltsam einzuverleiben, könne nur formell wirken, denn der „fremde Staat“ von dem dieser Paragraf spräche, könne natürlich nur Frankreich sein. Der Artikel schließt mit der ironischen Anfrage, ob die Regierungskommission von Paragraf wohl gegen die Französisierungsbestrebungen im Saargebiet anzuwenden geneigt sein würde.

Unterdrückung der Versammlungsfreiheit im Rheinland. Die Rheinlandskommission hat dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete davon Mitteilung gemacht, daß für die Zeit eines Monats und mit Wirkung vom 9. August 1921 den Organen der Rheinlandskommission in den Kreisen Aachen, Trier, Neuwied und M. Gladbach die durch Verordnung 12 des internationalen Rheinlandabkommens vorgeordnete besondere Vollmacht übertragen worden ist, d. h. das Recht, alle Zusammenkünfte und Versammlungen zu untersagen, die die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährden könnten, und im Notfall den Aufenthalt während der Nachtzeit auf den Straßen zu verbieten.

Polen kauft deutsches Getreide auf. Mit Rücksicht auf die tiefen Getreidepreise in Frankreich vor Ausbruch des Krieges gewinnt die Feststellung an Bedeutung, daß jetzt von polnischer Seite in Deutschland große Getreidekäufe vorgenommen werden. Das ist um so auffällender, als die polnische Presse behauptet hat, daß die polnische Ernte zur Ernährung des Landes durchaus ausreiche. Aus Rosenberg (Oberschlesien) wird gemeldet: Fortgesetzt werden große Mengen Getreide und Mehl über die polnische Grenze verschoben. Hierbei wird der alte Schmugglertrick angewendet, daß an bestimmten Stellen die deutschen Grenzkommandos angegriffen werden, und wenn dann alle verfügbaren deutschen Kräfte sich an diesen Stellen verammelt haben, gehen die mit Getreide und Mehl beladenen Wagen an einer anderen Stelle über die Grenze.

Die Choleraepidemie in Sowjetrußland. Nach den letzten Veröffentlichungen des Volkskommissariats für Gesundheitswesen sind bis zum 2. August, soweit Nachrichten vorliegen, auf dem Gesamtgebiete der Sowjetrepublik 71 874 Cholerafälle registriert worden, darunter etwa 2800 bis zum 1. Juni d. J. Nach wie vor sind das hungernde Wolgo-Gebiet und die Gouvernements Kursk und Morosien der Herd der Erkrankungen. Im Moskauer Gouvernement sind 729 Fälle registriert worden. Neuregistriert sind Cholerafälle in Wolgograd und in den Städten Westsibirien. In Nowosibirsk am Don und in Samara ist die Zahl der Erkrankungen zurückgegangen.

## Kleine Nachrichten.

Streik der Stettiner Tischler. Die Stettiner Tischler sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten. Außerdem streiken seit Freitag voriger Woche etwa 300 Arbeiter der Stettiner Sägereiwerte. Auch die städtischen Arbeiter Stettins haben neue Lohnforderungen gestellt. — Die Arbeiter des Holzgewerks in Mainz, und zwar sowohl die freigewerkschaftlichen als auch die christlichen haben beschlossen, von Donnerstag ab zu streiken, um ihre neuen Lohnforderungen durchzusetzen. Von dem Zustand sind die Möbelbranche und das Baugewerbe betroffen.

Das Teuerungsthermometer. Die Großhandels-Indizes des statistischen Reichsamtes ist von 1918 im Durchschnitt des Monats Juni auf 1425 im Durchschnitt des Monats Juli gestiegen. An der Erhöhung sind ausnahmslos alle Gruppen beteiligt. Die Gruppe Getreide und Kartoffeln stieg von 1048 auf 1088, die Gruppe Fleisch, Fisch und Getreide von 1626 auf 1633.

Landung deutscher Heimkehrer. Der Dampfer „Wigbert“ ist auf seiner dritten Fahrt aus Noworossisk in Trier eingetroffen. Er hat 1658 Heimkehrer an Bord, darunter 214 Reichsdeutsche. Diese werden wie üblich dem Bayer Leichfeld zwecks Entlassung geleitet.

Auch eine Umstellung. Die Franzosen arbeiten bereits an dem nötigen Umbau und der Modernisierung der drei Festungen Metz, Straßburg und Niederbronn, deren Schweregewicht der Verteidigung bisher nach Westen gerichtet war und die nunmehr die Grundzüge des französischen Landesverteidigungssystems bilden sollen.



Die Maschinentechnische Abend- und Erweiterschule und Erweiterschule von Erich Köhler, Kassabacher Markt 23, macht im heutigen Kurierhefte bekannt, daß neue Kurse für Maschinen- und Elektrotechniker, Werkmeister, Monteur, Schlossermeister, Drehtischmeister und auch für Zerkleinerer aller vier Väter, für Maschinenführer und Maschinenführer der Meiß- und Landmaschinen beginnen. Wegen der Wichtigkeit dieser Kurse, sei besonders auf diese Kurse hingewiesen.

### Aus den Berichtsjahren.

**Aufhebung eines Gesetzes macht nicht rückwirkend straflos.** Ein Tausender Raubmänner wurden wegen unerlaubten Handels mit Tabak von der Strafammer verurteilt. In dem Urteil legte der Angeklagte Maximal ein und machte geltend, daß der § 2 Abs. 2 des St. G. B. nicht angewandt werden könne. Dieser Abtrag lautet: Der Verstoß gegen das Gesetz von der Zeit der begangenen Handlung bis zu deren Abmilderung ist das rückwirkende Gesetz anzuwenden. Er sei verurteilt worden auf Grund der Verordnung vom 28. 8. 17, die durch Verordnungen des Reichspräsidenten vom 16. 4. 20 aufgehoben worden ist. Die Strafammer wurde von der Aufhebung der letzten Verordnung bezeugt, die dem Verstoß nach dieser Aufhebung. Das Obergericht hat die Revision verworfen. In der Urteilsabgrenzung des Obergerichts wird angeführt: Die Verordnung vom 28. 8. 17 wurde aufgehoben, weil die vorläufigen Verordnungen, an deren Beendigung die Verordnung erlassen wurde, die zwischen in Folge verbleibender geändert hatten. Unrichtig ist es aber, wenn der Angeklagte daraus die Anwendbarkeit des § 2 Abs. 2 St. G. B. ableitet. In dem Urteil ist nur angedeutet, daß die nach Vergebung der Straftat erfolgte Gesetzesänderung auf Straftaten veränderliche gesetzmäßige Rechtsaufstellung beruht.

**Ihr Kind im Walde ausgelegt.** Wegen Kindesaussetzung hatte sich eine unverschämte Wittib vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die Angeklagte hatte ein Kind, das sie in der Gebärmutterzeit gebar. Nach ihrer Geburt wurde sie aus der Welt mit dem Kinde entlassen. Sie stand nun mit dem Kinde allein in der Welt. In Romten hatte sie Eltern, aber sie magte nicht recht, dorthin zu gehen. Sie wanderte nun durch den Olsaer Wald. Hier kam ihr der Gedanke, das Kind auszusetzen. Sie setzte aber, sie sei im Walde ohnmächtig geworden und habe sich niedergelassen. Als sie wieder zu sich kam, sei ihr Kind dort gewesen. Das Kind war unversorgt aufgefunden worden. Die näheren Umstände wurden nicht erörtert. Das Kind lebt. Das Gericht nahm an, daß die Angeklagte vor dem Kinde Angst gehabt habe und deshalb ihr Kind ausgelegt. Sie wurde wegen Kindesaussetzung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Die Verantwortung des Vorstandes und Aufsichtsrats einer Genossenschaft.** Das Obergericht schloß in einer Zivilsache eine Entscheidung, die für alle Mitglieder von Genossenschaften, insbesondere des Vorstandes und Aufsichtsrats von Bedeutung ist. Eine Bau-genossenschaft, die im Jahre 1911 gegründet wurde, beteiligte sich im Jahre 1912 an einer Wanderausstellung der deutschen Gartenstadtgesellschaft im Elben. Die Ausstellung erforderte einen Zuschuß und die Baugenossenschaft wurde mit 1000 Mark zur Deckung herangezogen. Später machte die Genossenschaft Konkurs und der Konkursverwalter klagte gegen zwei Vorstandsmitglieder und zwei Mitglieder des Aufsichtsrats wegen Schadenersatzes. Das Landgericht verurteilte diese Mitglieder zum Schadenersatz. Die beiden Aufsichtsratsmitglieder legten Berufung ein, aber die das Obergericht zu entscheiden hatte. Die Berufung wurde verworfen. In der Urteilsbegründung wird gesagt: Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben bei ihren Geschäften die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes anzuwenden und wenn sie ihre Pflichten verletzen, der Genossenschaft persönlich oder solidarisch für den dadurch entstehenden Schaden zu haften. Der Vorstand hat keine Pflicht verletzt, denn einen derartigen Verlust durfte er nicht fassen und ausführen. Eine junge Genossenschaft mußte sich auf ihren engeren Aufgabenkreis, das ist die Bauarbeit, beschränken. Die Begründung, daß die Beteiligung an der Wanderausstellung geschehen sei, ist nicht als stichhaltig anzuerkennen. Mit einem Verlust mußte gerechnet werden. Deshalb war der Vorstand nicht befugt, einen derartigen Verlust zu fassen. Aber auch der Aufsichtsrat war hierzu nach der Satzung nicht befugt. Nur die Generalversammlung konnte hierüber beschließen. Die beiden Aufsichtsratsmitglieder wählten der Vorstandsbefugnis bei und erhoben gegen den Beschluß keinen Einspruch. Sie sind also mit verantwortlich. Sie hätten Einspruch erheben, indem die Satzung des Aufsichtsrats beantragen müßten, und der Aufsichtsrat hätte der Vorstand an der Durchführung des Beschlusses hindern oder eine Generalversammlung einberufen müssen. Da diese Voraussetzungen hier entfallen, sind die Aufsicht-

ratsmitglieder gesamtschuldnerisch mit den beklagten Vorstandsmitgliedern zum Erfolge des der Genossenschaft durch den letztgenannten Beschluß erwachsenen Schadens verurteilt worden.

## Volkswirtschaftliches.

### Die Pflicht der Stunde.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht soeben eine Heberlicht über den Branntweinverbrauch und die Biererzeugung in Deutschland im Rechnungsjahre 1920. Danach sind in dieser Zeit 284 Millionen Hektoliter Bier gebraut worden, davon über 10 Millionen Hektoliter Vollbier. In Verstellung dieser Biermenge wurden verwendet: 4.481.000 Zentner Gerstenmalz, 225.000 Zentner anderes Malz (hauptsächlich Weizenmalz), 68.000 Zentner Zuckerkaffee, 80.000 Zentner Weizenkleinmalz und Malzgerst.

Im Vergleich mit dem Vorjahr hat man 1920 ungefähr doppelt soviel Bier vergoren! Da zur Gewinnung eines Kilogramms Malz gegen einundzwanzig Kilogramm Gerste erforderlich ist, sind also in der Zeit vom 1. April 20 bis 31. März 21 rund 6 Millionen Zentner Gerste in die Brauereien gewandert; das macht an jedem einzelnen Werktag durchschnittlich 20.000 Zentner. Ganz abgesehen von den gewiß nicht unbedeutenden Mengen von Weizen, Zucker, Malzgerst.

Was hätte man nicht mit diesen gewaltigen Massen wertvollen Getreides zur Aufbesserung der so schwer geschädigten Volksgesundheit tun können! 1 Million Säuglinge, 1 Million Kleinkinder, 1 Million schwächerer und künftiger Mütter und noch dazu 1 Million Kranke hätten Woche für Woche 2 Pfund feines Gerstenmehl, Gerstenklein, Gerste, Weizen, Zwieback oder Malzextrakt erhalten können! Wäre die Gerste zur Brotbereitung benutzt worden, dann hätte man weniger Getreide aus dem Ausland einzuführen brauchen, das Reich hätte fast 1 Milliarde Mark gespart und das Einkommen der Valuta wäre wenigstens etwas gehoben worden. Vor allem hätte das Ausland den ersten Willen Deutschlands gesehen, die ihm noch verbliebenen Güter langsam zum Wiederaufbau auszuliefern und jede Verschwendung peinlich zu vermeiden. Und es hätte vor dem neuen Kurs Achtung bekommen, seinen Wertekern Vertrauen entzogen zu werden.

Nichts von alledem! Man hat mit dem Nahrungsmittelgetreide genau wie in den Jahren vorher und lieber das Ausland, die ehemaligen Feinde um Hilfe gebittet für unsere unterernährten und kranken Kinder angebettelt. Wie lange soll diese Schandwirtschaft noch dauern? Ob nicht doch endlich die Führer der notleidenden Arbeiterschaft sich aufrufen und in den Parlamenten, in der Presse, in Verammlungen den Regierenden ein trostiges, unbrüglames „Es ist genug!“ zurufen? Leidet nicht das Proletariat unter dieser Vergewaltigung kostbarer Nahrung am meisten? Es darf nicht so weiter gehen!

Es darf nicht so weiter gehen — noch aus einem anderen Grunde. Wir brauchen die jetzt in den Braubottichen größtenteils der Zerföhrung anheimfallenden Lebensmittel gewiß nötig, aber — Ausland braucht sie noch viel nötiger. Wir haben bisher aus ihnen ein nicht bloß überflüssiges, sondern schädliches Genußmittel hergestellt: wozu wir das weiter tun, während neben uns ein Volk hungerlähmend verhungert? Wollen unsere Arbeiter, unsere Genossen wirklich weiter den sogenannten Gerstenkaffee trinken. — im Jahre 1920 kamen 40 Liter auf jeden Deutschen, die Kinder, Kranken, Greise mitgerechnet — und die Brüder in Ausland ihre letzten Eingeweide mit Gras und Wärrern und Wurzeln füllen lassen! Ich kann nicht glauben, wir haben nicht bloß Geld und Kräfte für Sowjetrußland übrig, wir haben auch Getreide. Geht dem unglücklichen Volk das Getreide, aus dem die Brauer in diesem Jahre Bier für euch erzeugen werden, und Hunderttausenden rettet ihr Leben und Gesundheit! Schenkt nicht mitleidig unsere Abgaben dem Reichstag von der Regierung fordern, daß sie ein Abgabenerlaß erlasse, die Getreideerträge in den Brauereien beschlagnahme und die dadurch frei werdende Gerste der vom Hunger und Verelendung kranken Rußlands zur Verfügung stelle. Das ist unsere Menschen- und Genossenschaftspflicht! Dr. E. Truder.

**Zum Schiffsverkehrsabkommen der Sapag mit Sowjetrußland** werden jetzt Einzelheiten bekannt. Nach den Angaben einer sowjetischen Veröffentlichung, die in der „Metallwoche“ wiedergegeben sind, werden russische Transporthäfen auf dem russischen Festland durch die gemeinschaftlich gegründete russisch-deutsche Transport-Gesellschaft ausgeführt werden, an deren Finanzierung beide Vertragschließende zu gleichen Teilen beteiligt sind. Der Aufsichtsrat besteht aus zwei Delegierten der Sowjetregierung, einem Delegierten der Hamburg-Amerika-Linie und einer von beiden Parteien gewählten

vierten Persönlichkeit. Die Hamburg-Amerika-Linie erhält für ihre Dienste, die in der Organisation bestehen, 2 Prozent aller Frachten. Zugaben hat es der deutsch-russischen Transport-Gesellschaft frei, Dampf zu liefern, wo es ihr beliebt. Die Hamburg-Amerika-Linie ist verpflichtet, an seinem Abkommen teilzunehmen, das eine Erhöhung der Frachten nach Rußland zur Folge haben kann.

**Die Brandung der Hungerwelle.** In den östlichen Grenzgebieten Polens treffen täglich etwa 10.000 Flüchtlinge ein. Die polnische Bevölkerung aus den Gegenden von West-Litauen und Ost-Großpolen ist auf der Flucht vor dem Hunger und überschreitet die polnische Grenze. Das Niefenslager in Parnowitzki, welches Platz für eine ganze Division hat, ist überfüllt. Viele Flüchtlinge sterben unter freiem Himmel. Es handelt sich nach Vorläufiger Angabe um geborene Polen, die selbst zurzeit noch keinen Hunger leiden, die aber aus Furcht vor dem Hunger zurückkehren.

## Bermischtes.

**Ärztlicher Rat.** Aus London kommt die betrübende Nachricht, daß der englische König mit seinem häuslichen Budget nicht mehr auskommt. Das Defizit betrug im vorigen Jahre bereits 45.000 Pfund Sterling und wird in diesem Jahre noch viel größer sein. Der König hat die Fehlschüsse aus seinem Privatvermögen gedeckt, er lehnt die Staatszuschüsse, die ihm die Regierung anbietet, ab und will veruchen, durch partianische Lebensweise wieder auf einen grünen Zweig zu kommen. Damit ist aber die britische Regierung keineswegs einverstanden. Trotz der schwierigen finanziellen Lage des Staates besteht sie mit aller Energie darauf, daß die Krone sich keinerlei Einschränkungen auferlege und der äußere Glanz der Monarchie seine Kränkung erleide. In England bekanntlich ein nach streng konstitutionellen Grundsätzen regiertes Land ist und der König sich dem Willen des Parlaments und seiner Minister unterordnet fügen muß, so wird er, Majestät auch in diesem Falle nachgeben und feutzend die ihm aufgedrängten Zuschüsse zur Verfügung stellen!

**Ermüdetes Metall.** Es ereignen sich bisweilen Unfälle bei der Eisenbahn dadurch, daß eine Kuppelung zweier Wagen plötzlich bricht. Sachverständige, die das gebrochene Eisenstück untersuchen, finden nichts irgeindwie Auffälliges an dem Metall, und es bleibt dann nur die Erklärung, daß das Eisen, durch die ewigen Stöße ermüdet, plötzlich zusammengebrochen ist, ganz so, wie der Mensch, der sich in seiner Arbeit nicht ausruhen würde, den Dienst verläßt. Hätte man bei der Kuppelung eine Zeit der Ruhe vergönnt, so wäre sie nach deren Ablauf durchaus wieder brauchbar gewesen und hätte eine ganze Zeit verwendet werden können. Die Tatsache, daß Metalle, hauptsächlich Eisen und Stahl, Ermüdungserscheinungen unterworfen sind und nach einer bestimmten Gebrauchsdauer der Ruhe bedürfen, ist der Wissenschaft seit einiger Zeit wohl bekannt. Der große englische Pionier Lord Kelvin war der erste, der diese Entdeckung von der Ermüdung der Metalle machte und die Erschöpfung durch zahlreiche Versuche nachwies. Er brachte Eisenstange sechs Tage hindurch in einen Zustand beständiger Bewegung und stellte dann fest, daß der Draht ein beträchtliches von seiner Elastizität verloren hatte. Ließ man den Draht dann einen Tag lang ausruhen, so kehrte das Metall zu seinem ursprünglichen Zustand zurück. Die weitere Forschung hat dann festgestellt, daß Kelvins Ergebnis eine absolute Tatsache ist, soweit es sich um geschmiedetes Eisen und Stahl handelt. Bei gegossenem Eisen tritt aber keine derartige Ermüdung ein. Während ein geschmiedetes Eisenstück nach einer starken Benützung von drei Wochen 10 Prozent an Elastizität verliert, nimmt gegossenes Eisen an Stärke zu, wenn es heftigen Stößen ausgesetzt wird. Versuche haben ergeben, daß solche gegossenen Eisenstangen, nachdem sie einer Reihe heftiger Erschütterungen ausgesetzt sind, um 100 Prozent an Stärke gewinnen. Durch die Ermüdungserscheinungen der Metalle erklären sich manche Hauselstürze, die in früheren Zeiten vorkamen, ohne daß man den Gründen auf die Spur kam. Ermüdetes Metallteile an Trägern gaben plötzlich nach und riefen dadurch das Unheil hervor. In unserm Zeitalter freilich sind solche Fälle glücklicherweise sehr selten, denn das Metall wird vorher auf seine Härte geprüft, so daß es viel größere Anstrengungen aushält, als ihm gewöhnlich zugemutet werden.

## Neue Einrichtungen in der Unfallverhütung.

Von Friedrich Altek, Bürgermeister.

Die Zahl der Betriebsunfälle vermehrt sich auch nach dem Kriege weiter fort. Vom Jahre 1919 zum Jahre 1920 stieg die Zahl der gemeldeten Unfälle von 575.474 auf 592.048, die der erstmalig entschädigten von 103.824 auf 107.962. Es muß daher der Unfallverhütung mehr höhere Aufmerksamkeit geschenkt werden, als früher. Ist es doch viel leichter, Unfälle zu vermeiden, als sie zu heilen und zu entschädigen. Eigenlich sollte die Unfallverhütung die Seele der ganzen Unfallversicherung sein. Das konnte sie aber schon schon deshalb nicht werden, weil sie fast ausschließlich in den Händen der Betriebsunternehmer lag. Diese haben aus Sparhamkeit und ähnlichen Gründen bisher noch nicht den richtigen Sinn für die Unfallverhütung gehabt.

Erst im Jahre 1920 hat man es dahin gebracht, daß nunmehr alle Berufsvereinigungen, Unfallversicherer, vereinbarten erlassen haben. Die letzte war die landwirtschaftliche Berufsvereinigungen für Reichslandwirtschaftler die endlich wichtige eingehende Ermahnungen des Reichsversicherungsamts und langwierigen Verhandlungen im vergangenen Jahr (nach etwa dreißigjährigen Bestehen der landwirtschaftlichen Unfallversicherung) zu dieser Selbstverantwortlichkeit übertrug wurde. Im Gegenzug dazu haben wiederum manche gewerbliche Berufsvereinigungen das Ganze zu viel getan und Unfallverhütungsvorschriften erlassen, die so umfangreich und detailliert sind, daß sich wohl kaum ein einzelner Arbeiter leisten hineinfinden können. Es magte auch mehr geschehen, um die Unfallverhütungsvorschriften den beteiligten Arbeitern und Unternehmern verständlich und ihnen verbindlich zu machen.

Die Hauptsache müßte eine genügende Überwachung der Betriebe sein. Von 62 gewerblichen Berufsvereinigungen haben erst 62 technische Aufsichtsbeamte ernannt und zwar 304. Die im letzten Jahre 31. 101 Tage an Betriebsüberwachungen verwendet. Am besten ist die Betriebsüberwachung bei den Bergwerks-Berufsvereinigungen und der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen durchgeführt. Diese belegen zusammen 74.674 Betriebe, von denen 126.446 Betriebsüberwachungen ausgeführt wurden. Von den übrigen gewerblichen Berufsvereinigungen sind von 574.126 verschiedenen Betrieben 2.097 beaufsichtigt worden. Das ist also erst 0,36. Vor dem Kriege waren es immer etwa noch 20 v. d. d. Betriebe,

die beaufsichtigt wurden. Das Reichsversicherungsamt hat daher schließlich durch ein Rundschreiben an alle gewerblichen Berufsvereinigungen auf die Notwendigkeit einer Steigerung der Betriebsüberwachungen dringend hingewiesen. Die 46 landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen des Deutschen Reichs, die über mehr als 5 Millionen Betriebe verfügen, besitzgen nur erst 66 technische Aufsichtsbeamte, von denen noch dazu 9 gleichzeitig als Rechnungsbeamte tätig sind. Ueber die Zahl der von ihnen ausgeübten Revisionen besteht noch nicht einmal eine Statistik.

Die Wichtigkeit der Arbeiter bei den einschlägigen Maßnahmen erstreckt sich seither gemäß § 853 der Reichsversicherungsordnung nur darauf, daß zur Beratung und zum Beschluß von Unfallverhütungsvorschriften Vertreter der Arbeiter mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Arbeitgeber auszuwählen sind. Allerdings müssen diese Vertreter der Versicherten mit dem Vorstand der zuständigen Berufsvereinigungen zusammenzutreten und zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten Stellung zu nehmen und die Maßnahmen anzuregen, die zur Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geboten erscheinen. Das Reichsversicherungsamt berichtet seit Einführung dieser Einrichtung Land, daß sie sich bewährt habe und von den Arbeitern manche praktischen Wünsche geäußert worden seien. Die Zahl dieser Arbeitervertreter beträgt bei den gewerblichen Berufsvereinigungen 1.936, bei den landwirtschaftlichen 321.

Ob eine erweiterte Beteiligung der Arbeiter an der Unfallverhütung nicht eine noch wirksamere Gestaltung sein könnte, ist im Jahre 1919 schon im Reichsversicherungsamt eingehend erörtert worden mit Vertretern der Berufsvereinigungen und der Gewerkschaften hat über die ausgeschaltete Mitwirkung von Vertretern der Versicherten an der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften der Berufsvereinigungen und der Gewerkschaften und der Ausschaltung der Unfallverhütungsvorschriften der Berufsvereinigungen und der Gewerkschaften. Der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann schreibt in dem Vorwort zu einer Schrift „Beteiligung von Arbeitern an der Betriebsüberwachung“. „Lieber der meisten Berufsvereinigungen stehen die Mitwirkung von Arbeitern bei der Durchführung der Unfallverhütung in den Betrieben in einem sehr geringen Maße gegeben und notwendig anzuerkennen. Es wurde auf dem 23. ordentlichen Berufsvereinigungen im Sommer 1919 Erörterung der vom Vorstände im Jahre 1919 beschlossenen Normal-Unterrichtsvorschriften eine entsprechende Bestimmung aufgenommen.“

Das Reichsamt hat in jedem anderen Betrieb, insbesondere in jeder Fabrik im Sinne des § 853 der Reichsversicherungsordnung

eine oder nach Art und Größe des Betriebes mehrere geeignet, von den Arbeitnehmern aus ihrem Kreise gewählte Vertrauenspersonen verpflichtet werden, sich von dem Vorhandensein und der ordnungsmäßigen Benutzung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen fortlaufend zu überzeugen, vorgefundene Mängel dem Betriebsleiter zu melden, auf Grund ihrer Erfahrungen und Beobachtungen selbst Vorschläge zur Verbesserung der Schutzvorrichtungen zu machen, auch das Interesse ihrer Arbeitsgenossen für den Unfallschutz zu wecken, sowie den mit der Betriebsüberwachung betrauten technischen oder berufsvereinigungsähnlichen Aufsichtsbeamten bei Betriebsüberwachungen zu begleiten und durch Auskünfte und entsprechende Mitteilungen in der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen. Wo eine aus Wahlen hervorgegangene Vertretung der Arbeitnehmer des Betriebs schon besteht, kann der Unternehmer allen oder einigen ihrer Mitglieder die obigen Rechte und Pflichten übertragen, jedoch eine besondere Wahl nicht erforderlich ist.

Mit Hebernahme dieser Bestimmung in die einzelnen Unfallverhütungsvorschriften (worüber jeder Berufsvereinigungsabstand unter Zuziehung der nötigen Arbeitervertreterzahl zu beschließen hat (siehe oben), wird für größere Betriebe eine Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsüberwachung geschaffen, durch welche die Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten erfreulich ergänzt wird. Man hat für diese Geister bereits die Bezeichnung „Unfallvertrauensmänner“ erfunden. Das Reichsversicherungsamt ermahnt die Berufsvereinigungen durch ein Rundschreiben, die Unfallverhütungsvorschriften in der angegebenen Weise zu ergänzen. Bis zum Augenblick haben 31 Berufsvereinigungen einen solchen Nachtrag angenommen.

Die Erziehung von Kindern, ob diese neuen, in den Dienst der Unfallverhütung gestellt, Organe ihre bedeutende Aufgabe lösen können, ist die Berufsvereinigungen zur Benutzung der Schutzvorrichtungen anhalten, gefährlichen Betriebszuständen entgegenzutreten und im Einklang mit den berufsvereinigungsähnlichen und staatlichen Aufsichtsbeamten die Weiterentwicklung des Unfallgesetzes fördern werden. Es wird auch Sache der Arbeiter sein, sich der neuen Einrichtung mit Liebe anzunehmen, damit sie nicht nur auf dem Papier steht, sondern eine fruchtbare Lebensbedeutung zeigt. Müßen denn die Arbeiter an einer guten Unfallverhütung das größte Interesse haben, da es sich dabei um den Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit handelt. Die Unfallversicherung entschädigt bestenfalls nur einen geringen Teil ihrer Einbußen.

# Danziger Nachrichten.

## Die Danzig-polnische Verständigung.

Der Generalkommissar der polnischen Republik in Danzig, Bucinski, erteilte, wie die P.Z. berichtet, den Vertretern der Danziger Presse ausführliche der Danziger Presse bereits bekannte Informationen über die polnisch-Danziger Verhandlungen. Er führt u. a. aus: Wenn der polnisch-Danziger Vertrag in Kraft tritt, so wird er zum bedeutenden Faktor eines dauernden freundschaftlichen Verhältnisses Polen zu Danzig werden. Minister Bucinski bemerkte, daß der Oberhauptmann des Völkerbundes in Danzig, General Harding, sich in Fragen, die zur Entscheidung vorgelegt wurden, in der kommenden Woche mit der polnischen Regierung in Verbindung setzen will, um vor dem Zusammentreten des Völkerbundes im September d. Js. diejenigen Fragen zu besprechen, die den Beratungsgegenstand bilden werden. Seine Ausführungen schloß der Generalkommissar mit der Erklärung, daß beide Regierungen den gleichen Erfolg erlangt haben, da die Verhandlungen sehr schwierig waren. Das Verhältnis zu Danzig tritt in neue Bahnen. Es ist nicht erforderlich zu erwähnen, was uns geteilt hatte, sondern die Atmosphäre des Wohlwollens aufrechtzuerhalten, worauf beide Regierungen ihr zukünftiges Verhältnis stützen wollen.

Der in dieser Konferenz anwesende Senator Jewelowski hob die große Bedeutung des polnisch-Danziger Vertrages für das Wirtschaftsleben der Freien Stadt hervor. Seine Ansprache schloß er mit einem warmen Appell an die polnische Presse, daß diese diejenigen Bestrebungen unterstützen möge, die sich zum Ziel ein friedliches Zusammenleben Polens mit Danzig gesetzt haben, und bemerkte, daß er seinerseits alles tun wird, damit die Danziger deutsche Presse eine Stellung einnehme, die den Lebensinteressen sowohl Danzigs wie auch Polens entspreche. — Redakteur Strzetycki erwiderte im Namen der polnischen Presse, daß wenn die Kritikursachen beseitigt sein werden, ein freundschaftliches Verhältnis herrschen wird.

### Erklärung.

In der Versammlung des Vereins der Kartoffelhändler am 18. d. Mts. sind nach den in der Danziger Tagespresse veröffentlichten Berichten von dem Vorsitzenden des Vereins Herrn Kund und von Herrn Dahmer teils unrichtige, teils verdrehte Behauptungen über mich aufgestellt worden, die auch geeignet sind, mein Ansehen öffentlich herabzusetzen. Das selbe ist in den veröffentlichten und nichtveröffentlichten Zuschriften des Herrn Dahmer an mehrere Danziger Zeitungsredaktionen geschehen.

Zur Vermeidung von Legendenbildungen habe ich demgegenüber folgendes zu erklären:

1. Ich habe keinen Ausschreibens für polnische Frühkartoffeln oder andere solche Papiere zum Kauf ausgeben oder ausbieten lassen und gebe zur Nachprüfung der Richtigkeit dieser meiner Erklärung hiermit die Nummern meiner Ausschreibens bekannt, nämlich: 129 061—129 075, 129 077—129 081, 129 101—129 110, 129 114—129 123, 129 252—129 261.

2. Der Kartoffelhandel ist frei. Deshalb hat auch niemand, insbesondere auch nicht die Kartoffelverforgung G. m. b. H. einen Monopolanspruch auf den Kartoffelhandel oder das Recht zu bestimmen, wer mit Kartoffeln handeln darf.

Das sich die Kartoffelpresse in den letzten Tagen gesenkt haben, ist ein Teil des von mir angestrebten Erfolges.

3. Im Übrigen habe ich meinen Rechtsbehelf beantragt, wegen der beleidigenden Äußerungen gegen die Schuldigen vorzugehen, damit sie Gelegenheit haben, die Richtigkeit ihrer Angaben zu beweisen bzw. deren Unrichtigkeit einzusehen.

Danzig, den 18. August 1921.

Otto Doerk, Abgeordneter.

Die Preisgestaltung auf dem Kartoffelmarkt war Gegenstand einer gestern abend in der Verbraucherkammer stattgefundenen Aussprache. Die Meinung ging dahin, daß der Kartoffelwucher unerschämte gewesen sei. Dadurch, daß Polen für 150 000 Zentner Kartoffeln Ausschreibens geliefert habe, sei ein Preiskurz von 1.30 Mark auf 66 Pf. erfolgt. Vermutlich werden auch die Geschäftskartoffeln aus Pommern in gleicher Weise wie die Frühkartoffeln zur Verteilung gelangen. Die Verbraucherkammer hat den Wunsch, daß die Ausschreibens an den Handel und unmittelbar an die Verbraucher abgegeben werden. Das sei dann erst freier

## Zoppoter Stadttheater.

### Die Tänzerin Sent M'Alhese.

Die wahrhaft glänzende Kostümschau, die die vor etwa acht Jahren mit den Luttis einer gewissen Presse „gemachte“ Stiltänzerin Sent M'Alhese gestern vor dem so ziemlich gefüllten Zoppoter Theaterjaale veranstaltete, verfehlte ihre Wirkung nicht. Obwohl die Farben der alten morgenländischen Völker bei aller Buntheit weit satter zu denken sind, und in ihren Kostümen fast zu allen Zeiten jenes prachtvolle Braunrot Dominante war, das gestern bei Sent M'Alhese nur vereinzelt und in kleinen Komplexen auftauchte, muß man doch sagen, daß sie bei der Wahl ihrer Körperdecorationsstücke einen hohen künstlerischen Geschmack bewiesen hat und auch zweifelsohne dabei gut beraten worden ist. Wenn aber dieses sehr erklügelte rhythmische Klappen und Drehen der Glieder keines herrlich gewachsenen und sehr trainierten Körpers dieses Aneinanderreihen von acht bis neun Tanzbewegungen, das den Schauer schon nach einer halben Stunde ermüdet, Tanz sein soll, die durch Bewegung aufgelöste Poesie, so habe ich, vergeistigt mir, Grete Wefenthal, Lucie Kieselhausen und du, unvergleichliche Kiddy Impelaven, niemals getarnt, niemals etwas von „Tanz“ verstanden. Wenn es aber nun schon „Orientalisch“ sein muß — in Wirklichkeit ist diese „Epoche“ gründlich überwunden — so soll dieser Tanz auch wirklich der Wesensart jener Völker durch die Bewegung Rechnung tragen: sei entweder hübschte Geschlossenheit, statuenhafte Größe (wogu in „Indischen Tanz“ Ansätze waren) oder aber der organische Laumel, das Befestnis zum perversten Mythos, der durch nichts aufzuhaltende Rauf des Blutes, jener Tanz, der seine Antriebe vom verjüngten Körper erhält und nicht vom emsig arbeitenden Hirn. So waren alle diese Fünfminutenbrenner zum Zimbelstanz bis zum Beduinentanz bestenfalls recht interessante Studien, zum größten Teil aber Spekulationen auf Sinne, die sich durch

Handel. Es wurde mitgeteilt, daß der Verkauf in Danzig für 12. Mark verkauft werden. Es wurde ferner verlangt, für Gemüse und Obst Richtpreise festzusetzen, da die Preise zu hoch seien. Mitgeteilt wurde auch, daß in den Kolonen noch immer verbotswidrig Schokolade verkauft werde.

**Keine Liquidierung Danziger Vermögen in Polen.** Am Schluß der Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen zwischen Danzig und Polen gab Minister Bucinski dem Senator Jewelowski gegenüber amtlich die Erklärung ab, daß Polen auf das Recht, Danziger Vermögen in Polen zu liquidieren, Verzicht leiste. Der Vertreter des Senats nahm von dieser Erklärung Kenntnis, bezeichnete aber als den Standpunkt der Danziger Regierung, daß nach ihrer Auffassung eine solche Liquidierung überhaupt nicht statthaft sein könne.

Für Besuchende aus dem Reich. Wie aus Berlin amtlich mitgeteilt wird, werden die erforderlichen Personalanweisungen für Reisen der Inländer nach den besetzten und abgetretenen Gebieten in den zuständigen Polizeiamtoren ausgestellt. Personalanweisungen für Inländer zur Reise in das besetzte Rheinische Gebiet werden von den Polizeibehörden des Reichs ausgestellt. Für Reisen nach Danzig ist ein Paß mit Sichtvermerk und polnischem Visum, für die Reise nach Memel ein Paß mit Sichtvermerk und tschechisches Visum erforderlich. Die Mitteilungen aus dem Memelland, wonach nur ein Personalanweisung ohne Sichtvermerk und Visum zur Einreise in das Memelland erforderlich ist, sind falsch.

**Ausgabe der neuen Mittheilungen für Kinder.** Das Erziehungsamt gibt in der heutigen Nummer unserer Zeitung bekannt, daß die neuen Mittheilungen für Kinder bis zum 31. Dezember d. Jahres ausgegeben werden. Näheres ergibt die Bekanntmachung.

**Städtische Speiseküche und Waldbereere-Ausstellung.** Das Sammeln von guten Pilzen und Beeren verdient im Interesse der Volksernährung noch wie vor fröhliche Förderung. Pilze, richtig zerleinert, sind geeignet, Fleischmischung zu ersetzen. Da bezüglich der Brauchbarkeit der einzelnen Pilz- und Beerenarten die Unsicherheit im Publikum keineswegs schon beseitigt ist, trotz der jahrelangen Bemühungen des Westr. Botanisch-Zoologischen Vereins, so haben die Städt. Körperkassen die in früheren Jahren bereits gegründete Städt. Speiseküche und Waldbereere-Ausstellung auch jetzt wieder in Betrieb gesetzt. Sie befindet sich im Hause Frauengasse 26. Dort kann jeder Pilz- und Waldbereerefreund unentgeltlich Auskunft erhalten. In den Stunden von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags werden dort kleine Proben von Speisepilzen und Waldbereeren, deren Artzugehörigkeit und Verwendungsmöglichkeit festgestellt werden soll, entgegengenommen. Der Einsender muß seine genaue Anschrift abgeben und erhält dann schriftliche Auskunft. Daneben ist auch mündliche Auskunftserteilung vorgesehen, und zwar vormittags zwischen 12 1/2 und 1 1/2 Uhr am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag.

Ein Bodenbrand entstand gestern nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr im Hause Michaelsweg 23. Das Feuer ergriff die Dachsparren und die Dachschalung. Gegen 1/4 Uhr nachmittags war das Feuer gelöscht.

Zu dem Versammlungsbericht aus Schwabfeld teilt uns der Kommunist Bismarck mit, daß er die im Bericht wiedergegebenen Behauptungen auf gewaltsame Beseitigung der sozialdemokratischen Führer und Gewerkschaftsführer nicht gelten hat. Die uns unser Gewährsmann dazu mitteilt, hat der kommunistische Redner, der in längeren Ausführungen dem Referenten entgegenstand, mehrmals betont, daß die mehrheitssozialistischen Abgeordneten, Gewerkschaftsführer und Parteifunktionäre mit Gewalt beseitigt werden müßten. Die Methoden der Beseitigung hat der Redner allerdings nicht auseinandergesetzt, sondern eine Zwischenbemerkung des Referenten bezog sich auf die im Bericht angeführten gewaltsamen Beseitigungsmittel. Durch einen Irrtum unseres Berichterstatters ist im Bericht leider die nicht ganz zutreffende Darstellung enthalten.

**Polizeibericht vom 18. August 1921.** Verhaftet 14 Personen, darunter 3 wegen Diebstahls, 1 wegen Scherzes, 1 wegen Betruges, 2 wegen Widerstandes, 1 wegen Sachbeschädigung, 1 wegen Eingabe falscher Personalausweise, 1 zur Festnahme, 4 in Postkassett. — Obdachlos: 1 Person.

## Aus Polen.

**Wahlausgabe aus Polen.** Die polnische Regierung hat Verordnungen über die Fischausfuhr aus Polen erlassen, wonach der Verkehr mit Seefischen im Gebiet Polens keiner Beschränkung unterliegt. Der Wojewod in Thorn erteilt unter folgenden Bedingungen:

**Neuartig-Blenderbesitz** rühmlich erheben. Nirgend auch nur eine Spur von der Grundbedingung des Tanzes: Das Erlebnis der Musik im Körper! Von Musik war denn auch gefehlt wenig zu spüren, denn die bizarren Rhythmen, die Bill Köhler am Flügel gab, lassen sich doch beim besten Willen nicht als Tonpoesien ansprechen. Raas mit dem über fremdländischen aus der deutschen Langkunst! Gleich ob es der Präzision und den anderen verdrängten Apachenkänzen oder diesen exotischen Gliederverrenkungen gilt. W. O.

**Sevorstehende Aufführungen am Stadttheater Danzig.** Hans Frants Drama „Der große Gelehrte“ und Leo Lang neuestes Lustspiel „Frauentömer“ wurden von Direktor Schaper zur Aufführung für die kommende Spielzeit erworben.

**Das neue Programm im Wintergarten.** Paul Baders, der als „Hilfenächter“ im vorigen Programm seinen Ruf als bester Komiker auch in Danzig gefestigt hat, hat sich in der zweiten Augusthälfte einer Wandlung unterzogen. In seiner Vorlesung „Der verkaufte Anton“ ist er wiederum als Anton Graf, ein verbummeltes Genie, das bestrebt, das Leben bei seinem Publikum aus, und zeigt auch in der Doppelrolle als Graf Anton schauspielerisches Können. Wie im vorigen Programm, ist auch jetzt die Handlung mit dem Varietémannern verknüpft. Da ist das Trauerspiel-Lied die Chaveria, die eine verblüffende Sicherheit auf dem Seil erweist. Alle ihre Leistungen sind hervorragend. Dasselbe gilt von den beiden Engländerinnen Sarah und Joan, die sich mehr in der Luft als auf der Erde bewegen. Verblüffend werden die Varietédarbietungen durch Baders Auftreten als spanische Tänzerin. In dieser Eigenschaft bringt er es fertig, die Bühne im Schlingengarten und auch die Herzen seiner entzückten gräflichen Umgebung kaputt zu machen und beendet so mit großem Gallos den zweiten Akt. Im dritten Akt muß er den Graf Anton wieder ausziehen und wird wieder das Gummigeist Anton Graf und läßt als solcher bis zum letzten Augenblick nachhinken durch das Haus brausen.

gingen die Anträge zur Ausfuhr von Holzwerkstoffen und Holz in den oberen Teilgebiet. 1. Die Erlaubnis ausbieten zur Ausfuhr von Holzwerkstoffen und Holz in den oberen Teilgebiet. 2. Der Antragsteller hat in seinem Gesuch Verzicht auf die Sicherstellung auszugeben; Erlaubnisausfuhr werden mit einmonatlicher Gültigkeit erteilt; dem Gesuch ist die Bekräftigung des Antrags zu beigefügen, daß der Bedarf an Holz im Orte gedeckt ist. Die Antragsausfuhr wird ohne Befreiung der Kreisbehörden erteilt. 3. Die Antragsausfuhr für Fisch- und landwirtschaftliche Produkte, See- und Süßwasserfische nach dem Zolltarif wird in Bromberg und Posen erteilt; dieselben Steuern erteilen auch die Genehmigung zur Antragsausfuhr nach Deutschland und Danzig. In letztem Falle muß nachgewiesen werden, daß der Einkauf eines bestimmten Gewichtes durch fremde Zahlung gedeckt ist.

Die Thorer Holzwerke sind, wie berichtet wird, erst zum Teil abgetrieben. Das Baumaterial (Steine, Ziegel, Kalk) ist größtenteils unangekommen. Die Holzwerke sind nur zum Teil vertrieben. Der Holzbestand ist aber meist entfallen, und so bieten diese Teile einen trostlosen Anblick. Der Thorer mit diesen Schanzanlagen vor dem Kriege gesehen hat, erkennt es jetzt kaum wieder.

Die Erhebung des polnischen Marktes durch Frankreich. Die polnische Außenhandelsstatistik gibt sehr interessante Aufschlüsse darüber, wie Frankreich seinen Produkten auf diesem Markt Absatz zu verschaffen vermag. So hat Polen im letzten Jahre 17 Prozent seiner Baumwollwaren nach Frankreich und 40 Prozent seiner Einfuhr an Holzwaren von Frankreich bezogen, während die entsprechenden Prozentteile der englischen Einfuhr 13 resp. 8 Prozent betragen, obwohl bekannterweise die Baumwoll- und Holzwarenproduktion Englands die französische bei weitem übertrifft. Auch sonst ist die englische Industrie mit Polen verdrängt worden; in der Gesamteinfuhr sind englische Waren nur noch mit einem Prozent beteiligt.

## Verammlungs-Anzeiger

- Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.**  
Freitag, Donnerstag, abends 6 1/2 Uhr im Parteibureau Vorhandlung.
- Verband der Gewerkschaften und Arbeiter Danzig.**  
Freitag, den 19., abends 6 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Schmidt, Schillingstraße 6. — Vertrauensmännerversammlung am Montag, den 22., nachm. 6 Uhr bei Reimann, Fischmarkt 6.
- Fiskale Zypol.** Freitag, den 19., abends 8 Uhr im Saal, Schillingstraße Mitglieder-Versammlung. Vorstand und Vertrauensmänner um 1/2 7 Uhr.

- Standesamt vom 18. August 1921.**
- Todesfälle: E. des Arbeiters Karl Kowarski, 13 J. — E. des Arbeiters August Alward, 12 J. — Frau Bertha Feldt, geb. Kramp, 60 J. — Antiker Julius Gelske, 54 J. 9 M. — Anna Ilse Andreas Dorff, 71 J. 6 M. — Schneiderlehrling Wilhelm Sturmbelt, 18 J. 1 M. — Frau Martha Gohse geb. Doynte, 51 J. 1 M. — E. des Arbeiters Friedrich Girkbeck, 7 J. — E. des Arbeiters Johann Wendi, toig. — Wäldermeister Richard Schmal, 56 J. 7 M. — Tischlerlehrling Alexander Gehr, 34 J. 8 M. — Unverheiratete Emma Wittus, 17 J. 10 M. — Unverheiratete Paula Wessel, 17 J. 1 M. — E. des Maschinenführers Oskar Rahlke, 8 M. — Marine-Verführer Emil Schulte, 68 J. 2 M.

**Heutiger Devisenstand in Danzig.**

Polnische Mark: (Ausgl. 3.80) 3.85	am Vorlage	3.90
Dollar:	82	89 1/2
Engl. Pfund:		330
Frang. Franks:		690
Schweiz. Franks:		1502—1504

**BORG**

QUALITÄT RASCHER

Wasserstandsnaunrichten am 18. August 1921.

	gestern	heute	gestern	heute	
Jawisch	+0,29	+0,00	Dieck	-0,54	-0,35
Warschau	+0,48	+0,00	Driesch	-0,08	-0,12
Ploch	+0,19	+0,00	Cinlage	+2,32	+2,36
Thorn	-0,29	-0,00	Schlwenhorst	+2,58	+2,60
Fordan	-0,33	-0,00	Schwan D. P.	+6,26	+6,28
Culm	-0,59	-0,00	Gulzenberg O. P.	+4,46	+4,48
Graubenz	-0,44	-0,42	Neuhofschuch	+2,24	+2,20
Rugbrack	+0,02	+0,03	Wawach	-1,23	-1,13
Montanersche	-0,44	-0,46			

## Büchervere.

Der Streit um die Arbeitsgemeinschaften. Von Nikolaus Osteroth, Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses. Verlag: Der Jun, Berlin W. 11. Preis 1.20 Mark.

Von der Parteien und Kunst bewegt, schwankt das Urteil über Nutzen oder Schaden der Arbeitsgemeinschaften in der Diskussion der Arbeiter. Die radikalen Kreise lehnen die Arbeitsgemeinschaften ab, die weniger radikalen akzeptieren sie. Die vorliegende Schrift läßt es sich nun angelegen sein, die Arbeitsgemeinschaften als das zu zeigen, was sie sind: Die konsequente Fortführung der Karikatur der Arbeiterorganisation, die auf dem kollektiven Arbeitsvertrag sich lediglich ergebende Arbeitsgemeinschaft. Die Arbeitsgemeinschaft ist nicht als eine Sozialisierung der gewerkschaftlichen Methoden und die Anerkennung der Richtigkeit der gewerkschaftlichen Forderungen. Der Autor wendet sich kategorisch und mit besten Gründen gegen die Versuche, den Arbeitsgemeinschaften irgendwelchen anderen Sinn unterlegen zu wollen. Der kollektive Arbeitsvertrag ist heute eine unerschütterlich gewordene Errungenschaft. Es ist schwer vorstellbar, was der Arbeiter verlieren würde, wenn er in Zeiten schlechterer Konjunktur auf sich selbst angewiesen wäre. Und deshalb gilt es auch, die Arbeitsgemeinschaften zu schützen und aufrecht zu erhalten. Es wäre eine Kleinigkeit, hier hind einzugreifen. Aber ein solches Eingreifen würde am ersten und am schwersten den Arbeitern treffen.

Verantwortlich für Politik: H. Frick, Weber. Für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage: Frick, Weber, beide in Danzig; für die Inserate: Bruno u. Co. in Oliva. Druck und Verlag von J. Gohl u. Co., Danzig.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

Ausgabe der neuen Kinder-Milchkarten für September, Oktober, November 1921.

Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre erhalten eine neue Milchkarte gegen Vorlage der Hauptkarte A und der alten Milchkarte. Die neuen Milchkarten werden ausgegeben:

In Danzig nur in der Wiedenkaferne, Eingang Poggenpuhl, 1. Obergesch., Zimmer 12, vormittags von 7-1 Uhr, am Freitag, den 19. August, für die früheren Ausgabestellen Schule Petri-Pauli und Faulgraben,

am Sonnabend, den 20. August für die früheren Ausgabestellen Schule Große Mühle und Niedere Seiden,

am Montag, den 22. August, für die früheren Ausgabestellen Schule Am Nöhm und Johanniskirchhof,

am Dienstag, den 23. August, für die früheren Ausgabestellen Schule Gymnasium Winterplatz und Realgymnasium St. Johann,

am Mittwoch, den 24. August, für die früheren Ausgabestellen Schule Sperlingsgasse und Weidengasse,

am Donnerstag, den 25. August, für die früheren Ausgabestellen Schule Althof und Schworzes Meer.

In Altschottland in der evangelischen Schule am Freitag, den 26. August, vormittags von 8-1 Uhr.

In St. Albrecht in der Schule am Sonnabend, den 27. August, nachmittags 3-6 Uhr.

In Schildh in der alten Mädchenschule am Montag, den 29. August, vormittags 8-1 Uhr und

am Dienstag, den 30. August, vormittags 8-1 Uhr.

In Langfuhr in der Nahrungskartenausgabestelle Mädchenschule, Bahnhofstraße 18 a, von Montag, den 22. August, bis Mittwoch, den 31. August, für die früheren Ausgabestellen Mädchen- und Knabenschule Langfuhr, Schule Neuschottland, Hochstrief und Ziganenbergr.

In Neufahrwasser in der Mädchenschule Salperstraße

von Montag, den 22. bis Mittwoch, den 31. August, vormittags 7-1 Uhr.

In Heubude in Abrechts Hotel von Montag, den 22., bis Mittwoch, den 24. August, vormittags 9-1 Uhr.

Danzig, den 17. August 1921.

Der Senat. (4854)

Städt. Spelz- und Waldbeeren- auskunftsstelle.

Wie in den Vorjahren haben wir auch in diesem Jahre im Hause Frauengasse 26 eine Auskunftsstelle eingerichtet, in der über Spelz- pilze und Waldbeeren unentgeltlich Auskunft erteilt wird. Frisch gesammelte kleine Proben werden dort wochentäglich in den Stunden von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags entgegen genommen. Der Einsender hat seine genaue Anschrift zu hinterlassen und erhält dann umgehend schriftlich Nachricht. Außerdem wird auch mündlich Auskunft erteilt und zwar Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 1-1 1/2 Uhr.

Danzig, den 17. August 1921.

Der Senat. (4855)

## Ostseebad Heubude

### Großes Badefest

Donnerstag, den 18. August:

### Wasser-Blumenkorso

nach italienischer Art.

### Bengal. Beleuchtung des Meeres.

Raketen u. Bombenbeschöpfung.

Fackelpolonisse.

### Réunion im großen Saal.

E. Ptach.

(4851)

## Sängerchor „Sängergesang“ Oliva

Sonntag, den 21. August 1921

### Sommerfest

im Vereinshaus Oliva, Inh. F. Staack unter Mitwirkung der Brudervereine Danzig und Odra (ca. 120 Mitwirkende).

Beginn nachmittags 3 Uhr (pünktlich).

### Einzel- u. Massenschöre. Konzert.

Belustigungen aller Art: Würfel- u. Schloß- buden, Glücksrad, Verlosung und Saalpost.

Ab 7.30 Theater auf der Freilichtbühne „Zigeunerlager“.

Ab 8.30 Tanz, komische und heitere Vorträge.

Freunde u. Gönner des Vereins willkommen.

Der Vorstand. (4852)

## Küchenmöbel

wegen Aufgabe des Geschäfts zu bedeutend herab- gesetzten Preisen verkauft (4719)

Wisniewski, Töpfergasse 14, part.

## Marineglanz

beste nicht abfärbende Paste für weiße Schuhe

### Schuhputzsteine weiß und farbig

Carl Fuhrmann, 1. Damm 21.

### Neuerkheinung:

## Der Frauen Hauschor

Jahrbuch für Arbeiterfrauen u. Töchter

Herausgegeben von

Wilhelmine Köhler.

Preis 8 Mark.

Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

## Maschinentecanische Abendschule und Seemaschinistenschule.

Möller, Danzig, Kassubischer Markt 23.

Am 10. Oktober, 6 Uhr abends, beginnt ein neues erstes u. drittes Semester f. Maschinen- u. Elektro- techniker, Werkmeister, Monteure, Maschinennist., Seemaschinisten zum 1. und 2. Patent, Betriebs- techniker. Auch Ausbildung in einzelnen Fächern. Anmeld. bis 20. Sept. Abendkurse z. 3. u. 4. Patent f. Flugmaschinen u. Masch.-Anwärt. der Reichs- u. Handelsmarine beginnt am 11. Okt., abds. 7 Uhr. Befreiung v. Pflichtunterricht in der Gewerbeschule.

## Ueber proletarische Ethik

Das proletarische Schaffen vom Stand- punkt der realistischen Philosophie.

Preis Mark 3.-

Buchhandlung „Volkswacht“

Spendhaus Nr. 6. - Paradiesgasse Nr. 32.



# RAMSES

Hellas, Danzig

Der reinste Schlager!

### Mittel gegen

## Ungeziefer

speziell gegen Läuse, Flöhe, Wanzen, Fliegen und Motten

Sicher wirksam!

vernichtet das Ungeziefer samt Brut und schafft so jedem die notwendige Nachtruhe.

In bester Qualität erhältlich bei Bruno Fasel

Drogerie am Dominikanerplatz

Junkergasse 12 an der Markthalle. Fernspr. 3770

### Strümpfe anstrichen

werden zum Knielein angezogen. Knielein, Bananfuhr, Rabesmen 1.1.

## Große Kunstausstellung

des

### Wirtschaftlichen Verbandes bildender Künstler

Ortsgruppe Danzig

vom 7. bis 31. August, täglich von 9 bis 5 Uhr

### im alten Zeughaus, Kohlenmarkt

Eingang Wollwebergasse.

Aussteller u. a.:

Barlach, Gorinth, Lehbruck, Mecek, Chlebowski, Dannowsky, Kreisel, Pfahl, Schotties, Lucks, Mokwa, Steinert, Stubenrauch, Lehmann-Siegmundsburg, Wendrich, Zeisold, Zellmann, Kokoschka, Grossmann, Jäckel, Heckel, Degner, Behrendt, Rob. Hoffmann, Girod, Eulenstein, Meid, Fingesten, Orlik, Hasemann.

Die Ausstattung der Räume stammt von der Firma August Mombert, Dominikswall 9/10.

## Julius Goldstein

Junkergasse 2-4      Lawondeigasse 4

gegenüber der Markthalle

### Billigste Bezugsquelle

für Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Herren- und Damen-Wäsche, Strickwolle, Trikotagen und Schürzen

Spezial-Abteilung: Damen- und Kinderputz

Buchdruckerei Volkswacht, J. Gehl & Co., Am Spendhaus 6

Sämtliche

## Geschäfts- und Familien- DRUCKSACHEN

Massenaufgaben in Rotationsdruck

in kürzester Frist

Buchhandlungen: Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32